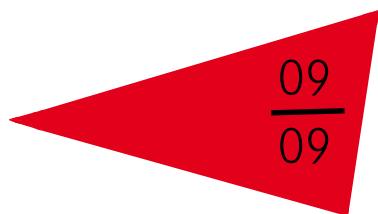


02 Bundestagswahl:
Vorstellung der
DirektkandidatInnen
für Dortmund

03 Kommunalwahl
LINKE zieht mit 5,5%
in den Dortmunder
Stadtrat ein

04 Ausbildungsplätze
Traue keiner Statistik,
die Du nicht selbst
gefälscht hast



Knallrot

Herbst
2009



Lügen – Lügen – Lügen: Das Haushaltsloch von Rot-Grün

Liebe Leserin, lieber Leser!

Vor dem Wahlkampf hieß es noch, dass der Haushalt in Ordnung sei. Einen Tag nach der Wahl hieß es, dass 80-100 Mio. Euro fehlen und man eine Haushaltssperre verhängen müsse. Drei Tage später hieß es dann, dass für das kommende Jahr bereits 230 Mio. Euro fehlen würden. Wahre Abgründe tun sich auf!

Als Sündenbock haben Rot-Grün zunächst einmal die Kämmerin Uthemann ausgemacht. Das sie gehen muss ist auch folgerichtig. Es ist aber nicht ausreichend.

Das Lügen, das Verstecken und Verschweigen der Wahrheit – all dies war die zentrale Wahlkampfstrategie der SPD zu den Kommunalwahlen und nicht das Werk einer einzelnen fehlgeleiteten Stadtbediensteten mit SPD-Parteibuch. In den Wahlschirmützeln auf der Bezirks- und

Ratsebene wurden all die schönen Projekte in Aussicht gestellt für die jetzt kein Geld mehr da ist. Die Leuchtturmprojekte des Sonnenkönigs Langemeyer und seines Kronprinzen Sierau wurden allerdings abgesichert. Die Zeche bezahlt nun die Dortmunder Allgemeinheit in vielen kleinen Details des täglichen Lebens. Ob es nun die Sanierung von Schulen trifft, ob es soziale Maßnahmen in den besonders bedürftigen Aktionsräumen in Dortmund trifft, ob es die Kinder- und Jugendbetreuung betrifft, ob es die Kulturhauptstadt 2010 betrifft – überall wird es nun ein Streichkonzert geben, wie es Dortmund noch nicht gesehen hat.

Und warum? Weil die Politik falsch ist. Weil man alleine mit Großprojekten auf Dauer keine Stadt regieren kann. Weil Börsenspekulationen keine kommunale Aufgabe sind. Weil man die Realität in Dortmund nicht sehen will. Der OB hat zu Helmut Manz

(OB-Kandidat DIE LINKE und Bezirksvertreter in der Nordstadt) gesagt, dass es gar keine Armut in der Nordstadt gebe und die Linken hier nur die falsche Sicht auf die Dinge hätten. Da prallen dann Großmannssucht und Arroganz auf die schlichte Unfähigkeit seriös mit Geld umzugehen.

Im Ergebnis bricht der Dortmunder Haushalt vor den Wahlen regelrecht ein. Die Folge: Man lügt bis sich die Balken biegen, denn man will ja trotzdem gewinnen. Und nachdem man gewonnen hat, lässt man sich auch noch feiern, anstatt sich für den Betrug an den Menschen zu schämen. Auch dies lässt sich nur mit einem völlig falschem demokratischem Bewusstsein erklären. Franz Müntefering, der Bundesvorsitzende der SPD, hat nach dem Wahlbetrug der großen Koalition 2005 in Berlin gesagt, dass es unfair sei, wenn man die SPD an ihren Wahlversprechen

messen würde. Zur Erinnerung: Die SPD hatte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer kategorisch ausgeschlossen. Die CDU hatte eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 2% gefordert. Der „Kompromiss“ beider Parteien war eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 3% und damit entsprechend höhere Preise für die Bürger.

Als Folge dieser Lügenpolitik kann es nur zwei Reaktionen geben: 1. Die kommenden Bundestagswahlen müssen für Rot-Grün zu einer Denkmahlwahl werden mit einem historisch schlechten Wahlergebnis in Dortmund und einem Ergebnis für DIE LINKE, das Sierau, Prüsse und Krüger richtig Angst macht. 2) Die Kommunalwahl muss angefochten werden. DIE LINKE hat deshalb eine Beschwerde hinsichtlich der Gültigkeit der Wahl eingereicht.

*Ihr Utz Kowalewski
Sprecher DIE LINKE. Dortmund*

Zwei Dortmunder LINKE wollen in den Bundestag

Helmut Eigen: Schutzschirm für die Menschen!

Nach den Bundestagswahlen werden die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise voll durchschlagen. Es wurden milliardenschwere Rettungsschirme für Banken gespannt. Mit unglaublichen Milliardenbeträgen wurden Banken ausbezahlt, die keinen Pfifferling mehr wert sind. Das Geld der Großanleger wurde mit großem Aufwand gerettet, doch weiterhin steht den Betrieben keine Kredite zur Verfügung – obwohl das angeblich immer das Ziel der „Bankenrettung“ war. Das Geld für diese de facto-Umverteilung



Helmut Eigen (Direktkandidat der Partei DIE LINKE. Dortmund im Wahlkreis 143)

von den durchschnittlichen Steuerzahlern zu den Großanlegern ist nun futsch. Bruchteile davon hätten gereicht, um die steigende Armut zu bekämpfen und das Bildungssystem gerecht zu gestalten. Kinderarmut ist in den vergangenen Jahren gestiegen. Altersarmut wird zunehmen. Besonders bekommen das die Menschen im Ruhrgebiet zu spüren.

Das Casino muss geschlossen, die

Banken müssen unter Kontrolle gebracht werden. Die nach wie vor gigantischen privaten Geldvermögen müssen zur Bewältigung der Krise herangezogen werden – nach dem Verursacherprinzip müssten die Reichen und Profiteure zahlen. Gleichzeitig muss auch eine öffentliche Aufarbeitung der Ursachen der Weltfinanz- und Wirtschaftskrise stattfinden.

Manager, Berater, Politiker und Experten, die neoliberale Glaubenssätze gepredigt haben, dürfen nicht einfach an der Macht bleiben. Der Bundestag braucht DIE LINKE als unbequeme Oppositionspartei und als Stimme, die sich für das Wohl vieler Menschen ein-

setzt und nicht, wie die anderen Parteien, für die Profitgier einiger weniger. Dies ist gerade vor dem Hintergrund der aktuellen Wirtschaftskrise unabdingbar.

Bessere Löhne statt noch mehr Einkommensarmut, armutsfreie Grundsicherung statt Hartz IV, gleicher Lohn für gleiche Arbeit – dafür werde ich mich einsetzen! Schutzschirme für Menschen statt Rettungsschirme für Banken!

Ulla Jelpke: Freiheit statt Angst!

Die Bundesregierung baut unter dem Deckmantel der „Terrorabwehr“ immer mehr Grundrechte ab und stellt die Unschuldsvermutung praktisch auf den Kopf: Jeder ist verdächtig, deswegen werden alle kontrolliert. Deshalb die Vorratsdatenspeicherung, das BKA-Gesetz, die Zusammenarbeit von Polizei und Geheimdiensten. Angesichts der Krise des Kapitalismus wird sich diese Politik eher noch verschärfen. Militäreinsätze im Inland werden seit langem gefordert – wie immer in Krisenzeiten, und sie werden

sich wie immer gegen Linke und Werktätige richten. Migrantinnen und Migranten geraten verschärft in die Rolle von Sündenböcken und Alibis für eine repressive Politik. Neonazis agitieren mit scheinbar „volksnahen“ Parolen, ihre Ansichten machen sich zunehmend in der sogenannten Mitte der Gesellschaft breit.

Dagegen möchte ich helfen, klare linke Positionen zu stärken: Gegen

Grundrechteabbau und den Ausbau des Überwachungsstaats, für eine humane Asyl- und Flüchtlingspolitik, für konsequenten Antifaschismus, gegen die Militarisierung der Polizei und gegen Kriegseinsätze im Ausland wie im Inland.

Die Fraktion DIE LINKE ersetzt keine linken Bewegungen. Erfolgreiche linke Parlamentsarbeit basiert auf der Tätigkeit außerparlamentarischer Initiativen, sie soll und kann sich mit ihnen ergänzen und sie massiv unterstützen. Deswegen achte ich darauf, dass meine parlamentarische Arbeit in enger Verbindung mit außerparlamentarischen Gruppen vor allem aus dem Friedens-, Antifa- und Migrationsbereich steht. Deswegen ist für mich auch selbstverständlich, was das Bundesamt für Verfassungsschutz in meiner Personakte festgehalten hat: „Weiterhin ist bekannt, dass Sie sich an zahlreichen Demonstrationen beteiligten oder als deren Anmelderin auftraten.“ Wenn es der Verfassungsschutz zu seinen Aufgaben zählt, die Wahrnehmung demokratischer Grundrechte zu überwachen – soll er noch viel zu notieren haben!



Ulla Jelpke (Direktkandidatin der Partei DIE LINKE. Dortmund im Wahlkreis 144)

Kommunalwahl – 5,5% für DIE LINKE

Von Utz Kowalewski

Die Partei DIE LINKE hat bei ihrem ersten Antritt zu einer Kommunalwahl nach der Parteigründung 2007 gleich den Sprung in den Stadtrat geschafft. 5,5% bedeuten fünf linke Ratsvertreter und damit erstmals nach einer Wahl in Dortmund Fraktionsstatus aus eigener Kraft für eine Partei links von SPD und Grünen. Nach der Wahl 2004 konnte der Fraktionsstatus für „Die Linken im Rat“ erst nachträglich im Laufe der Legislaturperiode im Jahr 2007 durch den Zusammenschluss der beiden PDS-Vertreter mit dem Vertreter des Linken Bündnisses (DKP) und einem Ratsmitglied der Bürgerliste errungen werden. Das Linke Bündnis ist nun nicht mehr in den Dortmunder Parlamenten ver-



Utz Kowalewski

Plot für eine Gaunerklamotte

Ein Kommentar von Wolf Stammnitz

Am Sonntagabend feierte Dortmunds SPD sich als Wahlsiegerin, weil sie „nur“ 14.500 Stimmen gegenüber 2004 verlor (minus 3,5%). Keine 36 Stunden später liest das Wahlvolk in der Morgenzeitung, dass der erwartete Erdbeben nur mit Lug und Trug verhindert wurde. Wie auch der Rat erst aus den Medien erfahren durfte, hat Alt-OB Langemeyer, wie ein echter Barockfürst, seinem Volk zum Abschied ein 100-Millionen-Loch im Stadtsäckel hinterlassen.

Noch vier Tage vor der Wahl hatte Langemeyer dem Rat schriftlich versichert: „Derzeit ist nicht erkennbar, dass die Stadt Dortmund mit den zur Verfügung stehenden Mitteln nicht auskommen wird.“ Die Fraktion Die Linken im Rat fordert nun, die total unglücklich gewordene Kämmerin Dr. Uthemann noch vor dem Ausgang des gegen sie fälligen Disziplinarverfahrens auf eine Stelle zu versetzen, wo sie nur geringen politischen Schaden anrichten kann. Ihre Liebe gehöre ja ohnehin der Feuerwehr... Und wer möchte nun dem Langemeyer-Zögling Sierau glauben, er habe von der eiskalt geplanten Wählertauschung nichts gewusst?

Der Wahlbetrug war so plump und geradezu selbstmörderisch für eine SPD im Bundestagswahlkampf, dass sich der Verdacht

treten und gehört somit zusammen mit der CDU und der Bürgerliste zu den klaren Wahlverlierern. Die künftige Fraktion ist daher keine Bündnisfraktion mehr, sondern eine Fraktion der Partei DIE LINKE.

Mit den nun gewählten Ratsvertretern von DIE LINKE Utz Kowalewski, Nursen Konak, Petra Tautorat, Wolf Stammnitz und Serpil Kosan wird linke Politik im Dortmunder Rat durch 3 Frauen und 2 Männer getragen – auch ein Beitrag zur Geschlechtergerechtigkeit in Dortmund.

DIE LINKE hates auch auf Anheb geschafft flächendeckend in alle Bezirksvertretungen einzuziehen – in der Nordstadt nach einem Ergebnis von 12% Stimmenanteil

sogar in Fraktionsstärke. Damit verfügen die Linken nun über insgesamt 18 Mandatsträger in Dortmund (5 im Rat und 13 in den verschiedenen Bezirksvertretungen). Sorgen macht uns allerdings die niedrige Wahlbeteiligung – in der Nordstadt hat gar nur jeder 4 Wahlberechtigte gewählt. Darüber hinaus leben vor Ort mit den Nicht-EU-Ausländern große Bevölkerungsteile, denen das kommunale Wahlrecht nach wie vor verweigert wird, so dass in der Nordstadt tatsächlich nur eine kleine Minderheit an der Wahl teilgenommen hat, bzw. teilnehmen durfte.

Erfreulich ist, dass die Nazis in Dortmund einen erheblichen Dämpfer erhalten haben. Nachdem in der letzten Legislaturperiode die DVU mit drei Ratsvertretern sogar Fraktionsstatus hatte, kommen DVU und NPD gemeinsam nur noch auf zwei Ratsvertreter, so dass der Fraktionsstatus und damit auch die Fraktions-

gelder für die Nazis unerreichbar sind. Der NPD-Vertreter hat sich am Wahlvorabend allerdings auch gleich dadurch hervorgetan, dass er einen Aktivisten unserer Partei am Bahnhof zusammen geschlagen hat. Das zugehörige Strafverfahren gegen das rechte Ratsmitglied läuft bereits.

Unser Kandidat für das Oberbürgermeisteramt Helmut Manz ist mit 4,5% Stimmenanteil nur wenig hinter dem Ergebnis der Partei zurück geblieben, was angesichts der Zuspitzung der Berichterstattung in den Medien auf den Zweikampf zwischen Sierau und Pohlmann eine gute Leistung ist. Helmut Manz wird Dortmund auch weiterhin als Lokalpolitiker erhalten bleiben, denn er hat den Einzug in die Bezirksvertretung Innenstadt-Nord geschafft.

Utz Kowalewski ist Kreissprecher der Partei DIE LINKE. Dortmund

„Der Haushalt ist in Ordnung“

aufdrängt, unter dieser Klamotte sollten noch ganz andere Leichen im Keller versteckt werden. Zwar kann man in einem Sumpf lange nach Beweisen suchen, aber die nach und nach an die Oberfläche gestiegenen Blasen lassen doch bestimmte Zusammenhänge ahnen.

Da ist zunächst der Deal mit RWE-Aktien, bei dem die Dortmunder Stadtwerke agieren wie ein Hedgefonds 1. (1Anmerkung: Hedgefonds sind Investmentfonds, die mit wenig Eigenkapital und hohen Bankkrediten Unternehmensbeteiligungen aufkaufen und mit diesen an der Börse spekulieren. Durch solche Spekulationen mit geliehenem Geld trugen die Hedgefonds entscheidend zur Eskalation der gegenwärtigen Finanzmarktkrise bei.)

Die Westdeutsche Landesbank (WestLB, im Eigentum des Landes NRW, im Aufsichtsrat: Dr. Gerhard Langemeyer) hatte sich mit faulen Papieren verzockt und steht vor der Pleite. Sie braucht dringend Geld. Die WestLB will ein Aktienpaket des Energieriesen RWE zu Geld machen (im Aufsichtsrat der RWE AG: Dr. Gerhard Langemeyer). Wert des Aktienpakets etwa 160 Mio € Die WestLB bietet es den Kommunen zum Kauf an, die ihre RWE-Anteile im „Kommunalen Energie-Beteiligungsfonds“ gebündelt haben (KEB Holding AG, Adresse: im Dortmun-

der Stadthaus, im Aufsichtsrat: Dr. Gerhard Langemeyer, im Vorstand: Dortmunds Kämmerin Dr. Uthemann).

Wie echte Börsenzocker wittern der OB von Dortmund und sein Stadtwerke-Chef Pehlke einträglichen Geschäft. Dr. Langemeyer kann damit obendrein sein Standing bei RWE verbessern...

Aber die Stadt Dortmund hat doch angeblich kein Geld für solche Extras übrig, nicht mal für ein Sozialticket soll es im nächsten Jahr noch reichen...? Aber die Stadtwerke haben doch auch ein paar faule Papiere im Safe:

Der Verlustausgleich für den Flughafen verschlingt jährlich 25 Millionen € der Phönixsee wird zum Faß ohne Boden (im wörtlichen Sinn!)...? Was tun echte Börsenzocker da? Sie finanzieren das Geschäft auf Kredit. Wie die Hedgefonds spekulieren Langemeyer und Pehlke darauf, dass die Gewinne aus den RWE-Aktien mehr einbringen, als die Schulden kosten. – Und wenn nicht? Wenn die Spekulation schief geht, zahlen den Schaden nicht L. und P. und nicht die Kämmerin, sondern die Dortmunder Bürger. Wie schon mal 2007 bei einer Fehlspekulation mit Zinsderivaten (auch so ein „innovatives Instrument“ aus der Finanzblase). Damals verlor die Stadt „nur“ 6 Mio € – jetzt geht es um ein vielfaches dessen. Das Geschäft zieht



Wolf Stammnitz

Langemeyer noch kurz vor seinem Abgang per Dringlichkeitsentscheidung am Rat vorbei, zusammen mit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Hengstenberg, der Rat darf es noch nachträglich abnicken.

Und hier schließt sich ein Kreis zum nächsten Kuhhandel. Durch die ganze Zockerei hat die Ertragslage der Stadtwerke dermaßen gelitten, dass sie Kredite nur noch zu drittklassigen Konditionen von den Banken bekommen. Also müssen die Stadtwerke dringend ihre Kreditwürdigkeit verbessern. Keine zwei Wochen nach dem skandalösen Wahlbetrug in Dortmund soll der Stadtrat grünes Licht geben, damit die Stadt ihren Stadtwerken schon mal das hoch riskante Spekulationsprojekt Phönixsee abkauft. Noch Jahre bevor alle Risiken – Bergschäden, Wasserhaltung, Bodenpreisverfall wegen Fluglärm u.a. – in Zahlen bewertet werden können, will Pehlke aus der Schadenshaftung raus. Und Langemeyer braucht dafür wieder mal eine Blankovollmacht von seinen willfährigen Fußtruppen im Rat.

62,5 Mio € soll die Stadtkasse der vorfristige Kauf des Phönixsees kosten. Genau dieselbe Summe benötigt Pehlke auf die schnelle für die erste Tranche der RWE-Aktien. So ein Zufall... Wie gesagt, in einem Sumpf kann man lange nach Beweisen stochern – nur wählen muss man ja nicht ausgerechnet Sumpfkroten.

Wolf Stammnitz ist Sprecher der Fraktionsgemeinschaft „Die Linken im Rat“.

Schluss mit dem Krieg in Afghanistan

Einer muss den Anfang machen: Bundeswehr raus!

Von Edith Fröse

Der nun schon seit mehr als acht Jahren andauernde Krieg in Afghanistan weitet sich zunehmend zu einem Vernichtungsfeldzug gegen die Bevölkerung aus. Längst macht der Vergleich „Das Vietnam Obamas“ die Runde. Vorläufiger Höhepunkt der Militäreinsätze war der Luftangriff auf Kundus. Hier genügte zwei gekaperte, in einem Sandbett festgefahrene Tanklastwagen, um eine Bombardierung anzuordnen, bei der mehr als 100 Menschen ihr Leben verloren. Selbst dem amtierenden Regierungschef Karsai ging das zu weit.

Und der deutschen Öffentlichkeit wird vorgegaukelt, alles ginge nach

strengen Regeln. Werbefilme für den Bundeswehreininsatz verkünden: überwachen – sichern – identifizieren – warnen. Mehr machen die da gar nicht. Aus Regierungskreisen ist zu hören, es gäbe dort gar keinen Krieg – es handele sich um einen humanitären Einsatz. Und schließlich wurde im Frühjahr in Hohenfels bei Nürnberg auf dem Truppenübungsplatz der US-Armee alles eingeübt. Einige hundert Komparsen aus 20 deutschen Städten, darunter Münster und Köln, liebten sich für 90 bis 130 € pro Tag drei Wochen ohne Handy und Laptop kasernieren, um die afghanische Bevölkerung zu mimen. Immerhin sind die lebend da rausgekommen im Gegensatz zu vielen Zivilisten in Afghanistan. Allein 2008 wurden 2.118 Zivilisten Opfer des Nato-Krieges.

Der Bundestag wird im Dezember über die Verlängerung des Bun-

deswehreinsetzes beraten und beschließen. DIE LINKE ist bislang die einzige Partei, die sich für einen sofortigen Abzug der Truppen einsetzt. Alle anderen eiern herum. Da ist von einem Abzug in 2 Jahren (Volker Rühle), in 5 Jahren (Altkanzler Schröder), mittelfristig (Kuhn, DIE GRÜNEN) oder in 10 Jahren (Verteidigungsminister Jung) die Rede.

Wir bleiben dabei: Truppen raus aus Afghanistan – sofort! Dem Frieden eine Chance!

Edith Fröse ist Mitglied des Landesvorstandes DIE LINKE. NRW und dort friedenspolitische Sprecherin.

Raus aus Afghanistan!

Die Bundeswehr darf sich nicht an Kriegen beteiligen. Unser Land muss Frieden schaffen, konsequent auf Abrüstung und Entwicklungshilfe setzen.
www.fuer-gerechtigkeit.de

DIE LINKE.

Das kann doch nicht richtig sein...

Wie Arbeitslose schikaniert werden

Von Christian Tödt

Ich bat einen Arbeitslosen, mit mir zusammen vor der ARGE (Agentur für Arbeit) die „Knallrot“ zu verteilen. Ich selber hab´ Urlaub. Und damit Zeit. Schließlich ist Wahlkampf. Er lehnte sofort ab: „Ich? Höchstens mit Maske! Wenn mich da jemand sieht und erkennt... Wer weiß, was die sich für Strafmaßnahmen ausdenken...“

Ich sah ihn ungläubig an.

„Wenn die mich auf dem Kieker haben, dann ruft jemand bei mir an oder er behauptet das nur. Er erreicht mich nicht, und schon ist die erste Sanktion fällig. Alles schon vorgekommen im Hartz4-Deutschland. Oder er zwingt mich, mal schnell 10 Bewerbungen fertig zu machen. Mit Foto und Allem. Natürlich auf eigene Kosten. Das bezahlt die ARGE nur noch selten wegen der Budgetierung. Tue ich das nicht, 30 % Kürzung.“

Eigentlich kann ich das nicht so recht glauben. Der übertreibt doch sicherlich.

Und dann lese ich: 2008 waren fast 800 000 Menschen von Sanktionen betroffen. Gehen die Betroffenen vor Gericht

, bekommen 2/3 recht. Daran sieht man, wie wackelig das Ganze ist. Viele Bescheide sind fehlerhaft, oft auch weil die KollegInnen in der ARGE überlastet sind. Viele sind schlecht eingearbeitet. Häufig haben sie selbst nur Zeitverträge. Hartz 4 Kürzungen bis 0!!!

Wie läuft das mit den Kürzungen?

1. Beim ersten Verstoß 30%
2. Beim zweiten 60%
3. Beim dritten 100%. Selbst die Krankenkassenbeiträge werden gestrichen.
4. Bei vierten Verstoß wird die Miete gestrichen. Der/die Betroffene sitzt auf der Straße.

Wussten Sie das ??

Ich wusste das nicht. Ich hab ja auch Arbeit.

Und weiter:

Bei den unter 25-Jährigen geht's noch mehr zur Sache. Da wird gleich bei der ersten Sünde die gesamte Unterstützung gestrichen! 285 000 Betroffene in 2008.

Und wenn Sie das Alles nicht glauben können, fragen Sie mal ein Hartz 4 Opfer. Die können was erzählen!

Wer macht bloß solche Gesetze ???

Christian Tödt ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Dortmund.



„Es zeichnet sich schon heute ab, dass die neoliberalen Parteien die verletzbarsten sozialen Gruppen auch bei uns die Folgen der Finanzkrise bezahlen lassen wollen. Nur eine stärkere LINKE im Bundestag kann erreichen, dass der bereits geplante Sozialabbau und die bereits geplanten Steuererhöhungen

weniger dramatisch ausfallen. Links wirkt! Das haben die vergangenen vier Jahre gezeigt. Auf eine starke Linke reagieren die anderen Parteien.

Ohne DIE LINKE würde die SPD nicht nach Staatshilfen für Opel und Karstadt rufen und auch Seehofer

Quelle keine Bürgschaft geben. Aus Angst vor der LINKEN hat die Große Koalition den Beschluss gefasst, dass es in Zukunft kein Absinken der Bruttorenten geben darf.

Aber das ist immer noch viel zu wenig. Zur Arbeit der Linken im Bundestag muss politischer Druck aus

der Gesellschaft hinzukommen. (...)

Dabei brauchen wir neue Formen des sozialen Protests, insbesondere den politischen Streik, den Generalstreik.“

(Oskar Lafontaine auf dem Bundestagswahlparteitag in Berlin)

„Die Jüngeren sind gekniffen“?

Von Christian Tödt

„Die Jüngeren sind gekniffen“? Das behauptet Peer Steinbrück (SPD Finanzminister) bei der Rentendiskussion.

Worum geht es?

Den RentnerInnen wurde versprochen, dass ihre Renten nicht sinken. Ein Wahlgeschenk der großen Koalition. Keine Frage.

Ist die Rente ein Problem „Alt gegen Jung“?

Immer und überall müssen Kinder, Jugendliche in Ausbildung, RentnerInnen und Menschen, die wegen Krankheit nicht arbeiten können, von den Arbeitenden mit ernährt werden. Dazu werden z.B. Rentenbeiträge bezahlt.

Wer hat ein Interesse, dass die Rentenbeiträge niedrig sind? Steinbrück will uns einreden: die Arbeitenden.

Aber wollen die wirklich, dass ihre Eltern niedrige Renten bekommen? Wollen die wirklich, dass sie später Renten bekommen, von denen man nicht leben kann?

Lohnnebenkosten senken!!! Steuern senken!!! Das fordern die Arbeitgeber immer wieder. Das heißt auch Rentenbeiträge senken. Begründung:

Ein Unternehmer rechnet ganz einfach: Was kostet mich eine Arbeitskraft über Alles (Brutto)?

Das heißt: Jede Senkung von Renten-, Arbeitslosenversicherungs- oder Krankenkassenbeiträgen usw. bedeutet für den Unternehmer eine Senkung des Bruttolohns.

Und... Je niedriger die Kosten für Arbeitskräfte, desto höher sein Profit. Unternehmenssteuer sinken, der Profit steigt.

Moral: Das Gerede von Lohnnebenkosten- und Steuersenkungen ist nur im Interesse der Unternehmer.

Kein Konflikt zwischen Jung und Alt! Peer Steinbrück (SPD) tritt nicht für die Interessen der Jungen ein. Er sorgt sich um die Unternehmergewinne.

Der Konflikt zwischen Kapital und Arbeitenden wird in einen Konflikt zwischen Alt und Jung umgedeutet. Und viele glauben das auch noch! Was kann der Kerl gut lügen!!!

Christian Tödt ist Mitglied im Kreisvorstand DIE LINKE. Dortmund.

Traue keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast

Ausbildung und Arbeit für Junge im Herbst der Wirtschaftskrise

Ein Kommentar von Antonia Kühn

Die Wirtschaft jubelt: Trotz Wirtschaftskrise seien in 2009 keine großen Probleme am Ausbildungsmarkt zu erwarten! Diese Darstellung ist, gelinde gesagt, eine gute PR-Masche. Tatsächlich haben wir es aktuell mit 7.600 Ausbildungsplätzen weniger zu tun als im Vorjahr. Zugleich sinken zwar auch die offiziellen BewerberInnenzahlen, doch hier zeigen sich die ersten statistischen Tücken - frei nach dem Sprichwort: Traue keiner Statistik, die Du nicht selbst gefälscht hast. Tatsächlich verlassen weniger Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen als im Vorjahr. Aber es melden sich auch immer weniger SchulabgängerInnen als Ausbildungsplatzsuchend. Die technischen Möglichkeiten durch das Internet bewirken, dass junge Menschen

zunehmend auf eigene Faust einen Ausbildungsplatz suchen.

Als Gewerkschaftsjugend schauen wir auf ganz andere Zahlen, die viel aussagekräftiger sind: Denn Jugendliche sind, bis sie volljährig sind, schulpflichtig und so tauchen fast alle irgendwie in den Statistiken der Berufskollegs wieder auf. Hier zeigt sich: Die SchülerInnenzahlen an den Kollegs steigt seit 2002 kontinuierlich, aktuell befinden sich 255.000 Jugendliche an nordrhein-westfälischen Berufskollegs. Allerdings besuchen nur 117.000 davon eine duale Fachklasse - machen also eine Ausbildung in Betrieb und Schule. 54 % der SchülerInnen sind dagegen nicht im Betrieb. Sie machen eine vollzeitschulische Ausbildung, eine berufsvorbereitende Maßnahme oder einen höheren Schulabschluss. Daneben gibt es jedoch auch noch eine Gruppe, die in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen wird: 36.000 Jugendliche besuchen in NRW eine KSoB-Klasse (Klasse für SchülerInnen ohne

Berufsausbildung). Sie werden mit zwei Tagen Pflichtschulunterricht „bespaßt“ - ohne Perspektive auf



einen vernünftigen Berufseinstieg. Doch auch diejenigen, die das Glück haben eine duale Berufsausbildung zu durchlaufen, haben keineswegs eine sichere Zukunft vor sich. Jeder fünfte westdeutsche Ausgelernte wird nach der Ausbildung erstmal arbeitslos. 84.939 Jugendliche unter 25 Jahren sind in NRW arbeitslos

gemeldet - ein großer Teil davon nach der Ausbildung.

In Westdeutschland sind im Vergleich zum Mai letzten Jahres 24 Prozent mehr Jugendliche arbeitslos - das ist doch eine enorme Steigerung. Und zeigt, dass in diesem Jahr bereits deutlich weniger Ausgelernte in Beschäftigung übernommen wurden. Die Jüngeren, die zunächst einen Einstieg in Arbeit gefunden haben, verlieren ihren Job, weil sie nur befristet oder in Leiharbeit beschäftigt sind und ihre Verträge einfach auslaufen. Oftmals haben sie zu kurz gearbeitet oder zu wenig verdient, um Arbeitslosengeld beziehen zu können und müssen direkt Hartz IV - Leistungen beziehen. Die Krise beginnt auch auf den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt durchzuschlagen - und trifft junge Menschen ganz besonders hart.

Antonia Kühn ist Vorsitzende der DGB Jugend NRW. Außerdem ist sie Mitglied im Landesvorstand der Partei DIE LINKE. NRW.

Sozialdemokraten und Gewerkschafter wählen DIE LINKE

Peter Nunhofer hat es sich nicht leicht gemacht. Das - ehemalige - SPD-Mitglied hat seiner alten Partei gleich zwei Austrittserklärungen geschrieben. Zwischen beiden - die erste blieb in der Schublade - lagen beinahe drei Jahre Nachdenken, Überlegen und Hoffen, dass aus einer falschen Politik wieder eine richtige wird. Dann hatte er genug. Das zweite Austrittsschreiben hat er weggeschickt. „Das ist nicht die Partei, in die ich eingetreten war“, so Nunhofer. „Die SPD ist nicht mehr die Partei der kleinen Leute.“

Nunhofer ist ein typischer Dortmund. Hier geboren und aufgewachsen ging der jetzt 54-jährige 1973 zu Hoesch. „So wie mein Vater und mein Großvater, das war Tradition.“ Tradition war auch, dass er in die IG Metall eintrat

und in die SPD. Seine Kollegen wählten ihn zum Vertrauensmann, dann in den Betriebsrat. Und in der Zeit der SPD-Regierung - Sozialabbau, Agenda 2010 und Hartz IV - musste er als SPD-

noch als Sozialdemokrat fühlt? Sicher ist für ihn: „Die SPD ist keine sozialdemokratische Partei mehr.“

Kurz bevor Nunhofer aus der SPD ausgetreten ist, ist Klaus Stein-

Am 27. September
 **DIE LINKE.**
 wählen!

Mitglied immer öfter von ihnen hören: „Was machen deine Leute in Berlin eigentlich? Was soll diese Politik? Das ist doch alles nicht in unserem Interesse.“ Nunhofer blieb erst stumm, dann stimmte er ihnen zu. Heute ist er Mitglied der LINKEN. Ob er er sich immer

berg in sie eingetreten. Ob ihn die antisoziale Politik zugunsten der Großen nicht gestört habe? „Doch“, sagt das Verdi-Mitglied Steinberg. „Hartz IV hat mich immer gestört.“ Aber er wollte von innen etwas ändern und sich vor allem auf die Kommu-

nalpolitik beschränken. „Ich habe geglaubt, ich könnte in der SPD etwas bewirken,“ so der 60-jährige Erzieher. Deshalb stand er auf der Kandidatenliste für den Rat und ist Vorsitzender eines SPD-Ortsvereins geworden. Aber seine Hoffnung hat sich nicht erfüllt, „weil es in der SPD keinen Bewegungsspielraum gibt.“ Je tiefer sein Einblick in das Parteileben wurde, desto deutlicher wurde ihm: „Die Parteipolitik bestimmen eine Handvoll Leute. Alle anderen haben keine Einflussmöglichkeiten.“ In der Kommune wollte er soziale Projekte verwirklichen statt Leuchtturmprojekte oder den defizitären Flughafen unterstützen. Auch der Sozialdemokrat Steinberg ist aus der SPD ausgetreten. Vor zwei Monaten hat er den Mitgliedsantrag der LINKEN unterschrieben.

Jugendverdrossenheit der Politik entgegentreten!

Von Niema Movassat

Wahlkampf: Alle Jahre wieder versammelt sich die geballte Parteienmacht, baut ihre Infostände auf, verteilt dröge geschriebene Flyer, schenkt mal Rosen, Kekse, Kugelschreiber oder Bonbons. Viel verändert hat sich da in den letzten Jahren nicht – höchstens ein wenig die Wahlgeschenke. Ansprechend auf Jugendliche wirkt das schon mal gar nicht, sondern langweilig und bieder.

Überhaupt spielen junge Menschen in Wahlkämpfen der Parteien eine untergeordnete Rolle. Sie sind selten Zielgruppe. Und auch im politischen Tagesgeschäft werden junge Menschen meist nicht bedacht und ihnen daher durch Entscheidungen „da oben“ Zukunftschancen genommen. Da ist es kein Wunder, dass laut einer vom DGB in Auftrag gegebenen repräsentativen Umfrage 74 % der 16 bis 32 Jährigen angeben, dass sich PolitikerInnen in Deutschland nicht ausreichend um die Sorgen und Probleme junger Menschen kümmern.

Beispiele gibt es genug. Zwei seien hier kurz genannt:

1. Ausbildungsmarkt: Hunderttausende Jugendliche sind auf der

Suche nach einer Lehrstelle, haben mitunter hunderte Bewerbungen geschrieben und finden trotzdem nichts. Kein Wunder, wenn nur

einbringen, die dafür sorgt, dass die Betriebe die nicht oder zu wenig ausbilden, eine Abgabe leisten müssten. 2. Bildung: Seit PISA ist spätestens

abhängt wie in Deutschland. Wer aus einer armen Familie kommt, hat kaum Chancen. Die Politik könnte das Bildungssystem dahingehend verändern – wie in Schweden und Finnland, wo soziale Herkunft bei der Bildung keine Rolle spielt – dass alle Kinder die gleichen Chancen erhalten.

Junge Menschen gilt es im Wahlkampf gezielt anzusprechen und deutlich zu machen, dass ihre Probleme ernst genommen werden. Dass man sich für ihre Belange einsetzt. Deshalb führt die Linksjugend [solid], der Jugendverband der Partei DIE LINKE, einen eigenständigen Jugendwahlkampf durch. Mit Flyern, die sich an junge Menschen wenden und mit kreativen Aktionen und einer Bustour sollen Jugendliche angesprochen werden. Ziel ist es ins Gespräch zu kommen über ihre Probleme und Sorgen. Für den Jugendverband gilt ganz klar: Nicht die Jugend ist politikverdrossen, sondern die Politik ist jugendverdrossen!

Niema Movassat ist Bundestagskandidat der Linksjugend [solid] - NRW. Der 25 Jahre alte Jurist kandidiert auf dem aussichtsreichen Listenplatz 8 der LINKEN NRW.



noch jedes vierte Unternehmen in Deutschland ausbildet. Die Politik könnte eine Ausbildungsumlage

klar, dass in keinem anderen Industriestaat der Welt der Bildungserfolg so sehr vom Geldbeutel der Eltern

Täglich. Kritisch. Anders.

Die linke Tageszeitung aus Berlin. Jetzt kostenlos testen.

Ja, ich teste »Neues Deutschland« 14 Tage lang kostenlos und unverbindlich.

Vorname, Name

Straße, Hausnummer

PLZ, Ort

Tel.-Nr.

Ich willige ein, dass mit dem Abonnement von »Neues Deutschland« telefonisch mit mir Kontakt aufgenommen wird.

Datum, Unterschrift Abonnent/in

Neues Deutschland, Aboservice
Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
aboservice@nd-online.de, www.neues-deutschland.de/abo



Druck von Links.



Es blieben nur einige Quadratmeter Platz für das Nazitreffen

Erfolgreicher vielfältiger Protest in Dortmund

Von Uli Sander

Am Abend des 5. September konnten Dortmunds Demokraten eine gute Bilanz ziehen. Es gab keinen Naziaufmarsch, sondern nur eine kleine Nazikundgebung in einem Polizeikessel. Fast das ganze Dortmund war für Nazis gesperrt, von den Bürgern selbst. Alles in allem haben rund 12.000 Menschen protestiert - und auch gefeiert. Über 30 Schauplätze von antifaschistischem Protest, darunter eine Kundgebung vor dem Hauptbahnhof (Bündnis „Dortmund stellt sich quer“) und auf dem Gerichtsplatz (Bündnis unter Einschluss von Antideutschen), hatten den Nazis keinen Raum gelassen. Steinwürfe außerhalb des Demo-Geschehens führten allerdings zu heftigen Polizeireaktionen, aber, so die Medien: „Der friedliche Protest überwo.“

Der Polizeipräsident von Dortmund Hans Schulze hatte erstmals ein Verbot des Naziaufmarsches ausgesprochen, was letztlich vom Bundesverfassungsgericht auf-

gehoben wurde. Das löste große Empörung aus. Bundessprecher Ulrich Sander bei einer Kundgebung von Aktion 65plus in Dortmund-Dorstfeld: „Die höchsten deutschen Gerichte haben deutsche völkerrechtswidrige Kriegseinsätze zugelassen, sie haben das Verbot des Angriffskrieges nach Artikel 26 des Grundgesetzes faktisch aufgehoben und auch den Artikel 139, der den deutschen Faschismus ächtet. Gestern hat nun das Bundesverfassungsgericht das Verbot des Naziaufmarsches durch Dortmund aufgehoben. Dieses Gericht ist zu seinem Standpunkt zurückgekehrt, dass Naziaufmärsche nur das Vortragener einer „missliebigen“ Meinung darstellen. Nazis marschieren unter der Losung „Nie wieder Krieg - nach unserem Sieg, dem Sieg des NS.“ Trotzdem bescheinigt das Gericht den Nazis in seinem Spruch von gestern Gewaltlosigkeit und Gesetzestreue. Es begünstigt Leute, die am 1. Mai in Dortmund mit dem Überfall auf den DGB-Demonstrationszug eine Probe ihrer Gewaltlosigkeit gegeben haben. Es begünstigt Leute wie den Bombenbauer von Weil bei Lörrach,

der nur durch die Aufmerksamkeit von Antifaschisten gehindert wurde, ein Blutbad anzurichten.“ Sander weiter:

Das BVG soll nicht mehr von Kritik befreit sein

„Es ist zu hoffen, dass die kritiklose Hinnahme solcher Entscheidungen des BVG aufhört. Das BVG bewegt sich nicht im luftleeren politischen Raum, es wird von etablierten Politikern bestimmt. Doch wir sagen: Das Grundgesetz steht über dem Bundesverfassungsgericht, das diese Verfassung oft negativ uminterpretiert.“

VVN-BdA und die Aktion 65plus haben seit Monaten darauf hingewirkt, die Nazis, wenn sie sich denn am 5. 9. in Dortmund treffen, zu blockieren. Wir haben es erlebt - nie wieder! sagte die Aktion 65plus. Seit Monaten bereitete sich die Aktion unter dem Motto „Aufstehen und wi(e)dersetzen!“ mit Blockadetrainings vor. So auch am Vormittag des 5. 9. auf dem Wilhelmplatz in Dortmund-Dorstfeld, einem Wohngebiet mit Nazi-bewohnern.

Nachdem das Bundesverfassungsgericht den Naziaufmarsch zum „Nationalen Antikriegstag“ genehmigte, hielt die Dortmunder Polizei an ihren Auflagen gegen die Nazis fest, die praktisch keinen Aufmarsch zuließen. Den 700 Braunen wurde nur eine Kundgebung auf einem kleinen Parkplatz am Hafen genehmigt, kein Marsch. Als bei Aktion 65plus die Nachricht von der Blockade der Nazis durch die Polizei eintraf, war die Zustimmung zu diesem Erfolg groß.

Der Antikriegstag war von einem schweren aktuellen Kriegsverbrechen der Bundeswehr überschattet: Über 100 Afghanen brachte ein Oberst Georg Klein mittels Bombardement in der Nähe von Kundus ums Leben. „Wir hoffen, dass Oberst Georg Klein ebenfalls vor Gericht kommt und wie kürzlich der NS-Wehrmachtstäter Joseph Scheungraber verurteilt wird“, wurde betont.

Uli Sander ist Bundessprecher der VVN/BdA (Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/ Bund der AntifaschistInnen)

DIE LINKE: Schutzschirm für Menschen!

1,4 Millionen Beschäftigte sind in Kurzarbeit. Und viele Unternehmen haben schon angekündigt, sie danach zu entlassen. Kein Wunder, dass die Menschen Angst um ihren Arbeitsplatz haben.

Allein in Nordrhein-Westfalen haben mehr als zwanzigtausend Betriebe Kurzarbeit angemeldet. Viele Menschen hier in NRW erleben die Auswirkungen am eigenen Leib oder bei Freunden und Verwandten. So steht die Sorge um den Arbeitsplatz und das finanzielle Auskommen in Zukunft für viele wieder an erster Stelle.

Für Erwerbslose wird es jetzt noch schwieriger, wieder eine Arbeit zu finden, von der sie in Würde leben können. Hartz IV betrifft immer mehr Menschen.

Die große Koalition in Berlin und die schwarz-gelbe Landesregierung in NRW haben kein Konzept, um die drohenden Entlassungen zu verhindern. Sie haben nur den Schutz der

Banken mit unvorstellbaren Milliardensummen organisiert. Ideen für neue Arbeitsplätze haben sie nicht. Für die Menschen ist angeblich kein Geld da, sei es für mehr Rente, mehr Löhne, mehr soziale Sicherung. Dauernd wird davon geredet, dass die Krise bald vorbei sei. Angeblich geht es bald wieder aufwärts. Das wäre wünschenswert, realistisch ist das aber nicht.

Bekommen wir nach dem 27. September eine schwarz geführte Regierung, ist klar, was passiert: Es bedeutet das Aus für Mindestlöhne, eine Lockerung des Kündigungsschutzes, eine höhere Mehrwertsteuer und mehr Vergünstigungen für die Reichen. So stand es im Papier aus dem Ministerium von Wirtschaftsminister Guttenberg. Und die Wirtschaft wartet bis dahin ab, bevor sie massenhaft Menschen entlässt.

DIE LINKE fordert einen Schutzschirm für Menschen! Wir kämpfen für eine Politik im Interesse der

Beschäftigten, Rentnerinnen und Rentner, Studierenden, Erwerbslosen und aller, die für diese Krise zahlen sollen.

DIE LINKE will mit einem Zukunftsfonds in Höhe von 100 Milliarden Euro einmalig kurzfristige Hilfen für bedrohte Betriebe sicherstellen. Egal ob Bäckerei oder Großbetrieb: Jeder Betrieb, der aufgrund der Krise Hilfe braucht, soll sie bekommen können.

DIE LINKE will zwei Millionen tariflich bezahlte Arbeitsplätze sichern und schaffen: Eine Million Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sowie eine Million Arbeitsplätze, die durch öffentliche Aufträge in der Privatwirtschaft entstehen. Es gibt genug zu tun! Beim Umweltschutz und bei der Erziehung und Bildung unserer Kinder. Für Kranke und Alte wollen wir eine bessere Pflege. Wir wollen einen besseren Personennahverkehr und eine umweltfreundliche Energieerzeugung. Das Geld soll für den umweltgerechten und zu-

kunftsfähigen Umbau der Wirtschaft eingesetzt werden.

DIE LINKE fordert: Hartz IV muss weg! Wer erwerbslos wird, darf nicht in Armut gestoßen werden. Der Regelsatz muss sofort auf 500 Euro angehoben werden. Langfristig wollen wir eine Grundsicherung, die sich am tatsächlichen Bedarf der betroffenen Menschen orientiert. Es muss Schluss sein mit den Hungerlöhnen. Deshalb brauchen wir einen gesetzlichen Mindestlohn von mindestens 10 Euro pro Stunde. Wer arbeitet, soll nicht zum Jobcenter müssen, weil das Geld nicht reicht. Das alles ist bezahlbar, wenn die Millionärinnen und Millionäre und die Vermögenden endlich wieder angemessenen Steuern bezahlen. Statt der Mehrwertsteuererhöhung jetzt die Millionärssteuer.

Damit es im Land gerecht zugeht: Am 27. September DIE LINKE wählen!



DIE LINKE on Tour: Für soziale Gerechtigkeit und Frieden. Je stärker DIE LINKE, desto sozialer das Land.

Wir kommen!

Linksjugend [solid] - NRW im
Jugendwahlkampf:

www.linksjugend-solid-nrw.de

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Dortmund
Münsterstr. 141, 44145 Dortmund
Tel.: 0231-4759196

www.dielinke-dortmund.de

E-Mail: redaktion@dielinke-dortmund.de

V.i.S.d.P. Christian Seyda

Satz und Layout: Fabian Bünnemann

Mitarbeit an dieser Ausgabe: Utz Kowalewski, Fabian Bünnemann, Ulla Jelpke, Helmut Eigen, Christian Tödt, Antonia Kühn, Uli Sander, Wolf Stammnitz

Fotos: Traute Sander, Antonia Kühn, DIE LINKE, AllzweckJack (Photocase), Fabian Bünnemann, Christian Ditsch (version-foto.de)

Redaktionsschluss für diese Ausgabe: 10.09.2009

Druck: Nord-Ost-Druck GmbH

Auflage dieser Ausgabe: 40.000 Exemplare